

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Bergisch Gladbach am 28.05.2026 - öffentlich -

**6. Kostenentwicklung der Kita Projekte im Kita Ausbauprogramm
0360/2026**

Herr Grabosch (CDU) bezieht sich auf die in der Vorlage genannte Abstimmung mit den Betreibern. Er fragt, ob es die Möglichkeit gebe, dies schon im Vorhinein zu klären, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass es sich um ein mehrstufiges Verfahren handle. Bezüglich der Kitas habe man es so gehabt, dass zunächst der Beschluss für das Bauprogramm eingeholt wurde. Innerhalb des Bauprogramms sollte dann der Grundsatzbeschluss zur Vergabe für die neuen Trägerschaften eingeholt werden. Dies war jedoch nicht möglich, weil dafür der Maßnahmenbeschluss notwendig war, damit die Kitas auch wirklich gebaut werden, bevor sie vergaberelevant bzw. vertraglich verpflichtend ausgeschrieben werden dürfen. Das Ganze habe eine gewisse Zeit gedauert.

Ein europaweites Vergabeverfahren dauere in der Regel ungefähr neun Monate. In dieser Zeit sei die Planung weitergelaufen. Das habe zur Folge gehabt, dass man bei der Kita Schulstraße, also mit dem ersten Projekt, bereits entsprechend weit war, und zwar noch bevor der Träger festgelegt war und bei der Planung mitwirken konnte.

Sie hebt positiv hervor, dass es sich um sehr erfahrenen Träger handele, der viele wichtige Hinweise gegeben habe, welche mit weiteren Planungsprozessen einhergingen.

Hinsichtlich des zweiten und dritten Projekts teilt sie mir, dass hier im Voraus geplant wurde und demnach vergleichsweise weniger Folgeprozesse notwendig waren.

Dennoch habe sie derzeit keine Idee, welche Strategie es geben könnte, um die Prozesse des ersten Projekts noch besser zu steuern. Sie sei aber ausdrücklich offen für Impulse – insbesondere auch mit Blick auf die Zukunft bzw. den potenziellen Bau weiterer Kitas.

Herr Cremer (AfD) kritisiert, dass es in der Vergangenheit bei Projekten dieser Art immer wieder dazu gekommen sei, dass sich im Laufe des Gesamtprozesses weitere hohe Kosten ergeben. Dies habe er auch in vorherigen Sitzungen angesprochen. Er fragt, ob es nicht möglich sei, von Beginn an einen höheren Zuschlag zu kalkulieren. Zudem merkt er an, dass die Schulbau GmbH ursprünglich fünf Prozent Mehrkosten eingeplant habe, was letztendlich nicht berücksichtigt worden sei. Er fragt, wer dafür verantwortlich war.

Als letzten Punkt merkt er an, dass bei einem Hausbau immer Anschlüsse bzw. Leitungen für Wasser und Strom notwendig seien. Er könne nicht nachvollziehen, warum dies hier nicht berücksichtigt worden sei.

Frau Werker (Verwaltung) erklärt, dass dies weniger mit dem Bauprozess zu tun hat, sondern am Ende mit der Haushaltsplanung zusammenhänge. Die Verwaltung sei dazu angehalten, den Haushalt so schmal und dennoch so realistisch wie möglich zu planen. Aus diesem Grund würde das Einplanen von Pauschalen vermieden werden. Schließlich sei hier stets unklar, ob diese

tatsächlich gebraucht werden oder nicht. Dies habe damit zu tun, dass die Planungsphasen den Haushalt entsprechend aufblähen könnten, weil man erst im Ergebnis feststellen könne, ob der Bedarf ggf. doch niedriger war. Zudem liege die Verantwortung für Fragestellungen wie diese ganz woanders in der Stadtverwaltung, nämlich bei den zuständigen Stellen der Finanzplanung. Dies gelte auch für die Haushaltsplanung, welche verschiedene Schichten umfasse: Wie wird der Haushalt eingereicht und wie wird das große Minus geplant? Wird es ein Haushaltssicherheitskonzept geben oder nicht? Nach diesem Prinzip würden auch die Baupläne geplant. Sie verstehe, dass dies auf den ersten Blick Fragen aufwerfe. Da aus den genannten Gründen keine Pauschalisierung erfolgen soll, verzichte man aber darauf, Kosten einzuplanen, deren genaue Höhe noch nicht klar ist. Eine konkrete Planung erfolge daher erst, wenn die Beträge feststünden.

Herr Cremer (AfD) erwidert, dass es durchaus Instrumente gebe, um bei solchen Projekten schon im Voraus eine realitätsnahe Berechnung zu erhalten. Er sehe keinen Mehrwert darin, mit *schöngerechneten* Kosten zu planen, die zwar zunächst in den Haushalt passen, aber am Ende – durch zu erwartende Zusatzkosten – doch deutlich teurer werden.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass man sich gerade in den Fachausschüssen darum bemühe, die Kostenberechnungen möglichst transparent darzustellen. In der Vergangenheit habe man darüber aufgeklärt, dass die Schulbau GmbH die genannte Pauschale einplanen möchte, aber die Verwaltung aus den genannten Gründen davon absehe. Dieser Beschlussvorschlag sei in der Beratungsfolge sogar bis in den Rat gegangen. Es handele sich daher nicht um ein *Schönrechnen*, sondern um die Umsetzung eines gemeinsamen Beschlusses und der Darstellung, welche Strategie derzeit verfolgt wird.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die drei Kitas aus dem Ausbauprogramm. Es gebe allerdings noch zwei weitere theoretische Kitas auf dem Plan. Zum einen die Kita Fürstenbrunnchen bzw. zum anderen – wenn die Container weg wären – sei über einen Standort an der Bensberger Straße nachgedacht worden.

Hinsichtlich der Belegungszahlen bzw. ggf. auch aufgrund von Rückgangs-Prognosen stellt er die Frage, ob es sein könnte, dass eine oder vielleicht auch zwei der Kitas nicht benötigt werden. Eine leere Kita sei zu vermeiden.

Frau Werker (Verwaltung) stimmt zu, dass es sich bei den Planungszahlen um ein theoretisches Konstrukt handele. Die Erhebung der Ist-Zahlen werde erst im Oktober wieder erfolgen, weil erst dann klar sei, wie zum 01.80. tatsächlich belegt wurde.

Sie wolle daher aktuell auf eine Prognose verzichten. Es sei nicht sicher voraussagbar, wie das Ganze aussehen würde, falls das Bauprojekt zukünftig komme.

Frau Opiela (Vorsitzende) merkt an, dass die Bedarfe in Bezirk 5 und Bezirk 6 immer sehr hoch seien. Wenn dann gerade in Sand, Stadtmitte und Schildgen die neuen Kitas eröffnet worden seien, würde das für manche eine entsprechende Anfahrt bedeuten. Sie bittet daher darum – wenn die neuen Zahlen da sind – um eine Darstellung, wie viele Personen dies betreffen würde.

Herr Blunck (Der Kinderschutzbund) verweist auf die Inflation und äußert in diesem Zusammenhang sein Verständnis darüber, dass man derzeit insbesondere im Baubereich von Schätzungen Abstand nehme. Er fragt, ob Inflationspauschalen berücksichtigt wurden, weil absehbar sei, dass die Baukosten steigen würden. Er bittet darum, seine Aussage nicht

misszuverstehen, er habe keine besseren Zahlen. Auch möchte er wissen, ob dies offen gehandelt werde oder es sich um eine Verschlussache handle. Letzteren Fall könne er nachvollziehen.

Frau Werker (Verwaltung) erwidert, dass dies nicht ganz einfach zu beantworten sei, weil es sehr viele unterschiedliche Bauakteure bei der Stadt gebe, die sich auf unterschiedliche Baukosten-Index-Kosten bezögen. Es gebe zudem unterschiedliche Stadien, in denen Planungszahlen veröffentlicht würden: Ganz zu Beginn des Bauprojekts – in der Schätzungsphase – sei damals tatsächlich beim Grundsatzbeschluss mit einer Steigerung vom Baukosten-Index plus 15 Prozent gerechnet. Der Maßnahmenbeschluss beruhte in diesem Fall auf Kostengeboten, was wiederum eine ganz andere Ebene war. Daher unterscheide sich dies pro Bauprojekt. Zwar werde es in den einzelnen Fachbereichen meist ähnlich gehandhabt, aber das gelte nicht stadtweit.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Mehrkosten von 2.223.973,33 € für die Bauvorhaben Kita „Schulstraße“, Kita „Nittumer Weg“ sowie Kita „Jakobstraße“ überplanmäßig bereit zu stellen.

Die Mittelbereitstellung von 861.397,77 €, die im Jahr 2026 fällig werden, erfolgt über den I Auftrag I53013002.

Die restlichen Mehrkosten von 1.362.575,56 €, die im Jahr 2027 fällig werden, sind über die Verpflichtungsermächtigung vom I Auftrag 57013001 sichergestellt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig für den Beschlussvorschlag.

Bergisch Gladbach, den 22.06.26

Für die Richtigkeit:

Tatjana Mark (Schriftführung)